



DER ROTE SPATZ

Informationsblatt des Dessauer SPD-Stadtverband Dessau-Roßlau

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

das Ergebnis der Bundestagswahlen war sicherlich für alle SPD-Mitglieder nicht so einfach zu verkraften. Das schlechte Ergebnis hat uns in Sachsen-Anhalt nur zwei Bundestagsmandate gesichert (bisher 4). Darüber hinaus sollte der Zuwachs der AfD-Wähler besonders im Osten alarmierend für jeden Demokraten sein.

Auf jeden Fall hat die Ampelregierung die Bürger gut durch die Corona-Pandemie gebracht und den Anstieg der Energiepreise durch den Ukrainekrieg abfedern können. Einige Ziele hat die Ampel aber nicht erreichen können. Da sind beispielsweise die steigenden Preise für Nahrungsmittel, der Bau fehlender Wohnungen und der Abbau der Bürokratie zu nennen. Leider war die CDU in dieser Zeit auch kein guter politischer Partner und hat zusammen mit der AfD vieles nur schlecht geredet, statt konstruktiv mitzuwirken.

Es ist noch nicht klar, ob wir in der neuen Legislaturperiode nun mit der CDU in Regierungsverantwortung gehen. Allerdings gibt es nicht viele Optionen und eine staatspolitische Verantwortung. Die SPD-Mitglieder werden darüber letztlich in Sorgfalt entscheiden müssen.

Christine Walther, Daniel Kutsche, Daniela Koppe, Robert Hartmann, Joachim Volger und Daniel André Bräsecke

Der Bundestagswahlkampf

Christine Walther

Der Winterwahlkampf war alles andere als schön. Es blieb zu wenig Zeit für die Vorbereitung. Bei Schnee und Kälte ist es schwerer Plakate aufzuhängen und Flyer zu verteilen. Es ist auch schwer, die Wähler an einem Infostand zu einem Gespräch zu bewegen.

Die letzten beiden Wochen waren in den Tagesnachrichten kaum noch auszuhalten! Ein Schlagabtausch im Bundestag vorrangig zum Thema Migration und zahlreiche TV-Duelle. Die politische Stimmung war aufgeheizt. Um Inhalte wird kaum noch gerungen, Respekt und

Kompromissbereitschaft sanken im Bundestag auf null.

Die Sendung Klartext vom ZDF am 13.02.2025 fand ich aber ganz aufschlussreich. Besonders das Interview mit Frau Weidel war sehr erhellend. Es waren auch genau die Fragen aus dem Publikum, die die grundlegenden Probleme der AfD aufgegriffen haben. Frau Weidel wollte besonders gut wirken und sparte nicht mit Komplimenten und versuchte sehr höflich und kommunikativ zu wirken. Allerdings sagte ihre Politik und das



Parteiprogramm etwas ganz anderes. Wenn jemand ihr die Wahrheit sagte, konnte sie aber auch schnell ihr freundliches Wesen ändern und beleidigend sein. Wenn sie nicht mehr weiter wusste, versuchte sie auch mit Lachen ihre Unsicherheit zu verbergen.

Habeck wurde zwei Wochen vor der Wahl diffamiert. Ein Plagiatsjäger wirft dem Kanzlerkandidaten der Grünen vor, in seiner Doktorarbeit gegen wissenschaftliche Standards verstoßen zu haben – das macht Habeck selbst öffentlich. Eine Prüfung seiner Universität entlastet ihn. Ähnlich erging es dem Bundeskanzler Olaf Scholz, dem zu einer privaten Geburtstagsfeier von einem Fokus-Journalisten am 13.2.2025 rassistische Äußerungen vorgeworfen wurden. Die erhobenen Vorwürfe konnten zwar ausgeräumt werden, aber ein wenig bleibt

immer zurück. Immerhin hatten sich mehr als ein Drittel der Wähler noch nicht entschieden.

Vor den Wahlen verwandelten 100.000 Menschen Berlin in ein strahlendes Lichtermeer – ein starkes Zeichen gegen Rechtsextremismus und für Zusammenhalt. Als alle gemeinsam sangen und die Lichter leuchteten, war die Atmosphäre überwältigend. Großkundgebungen gab es auch in vielen anderen Städten der Republik. Die Menschen protestierten gegen einen Rechtsruck und für Vielfalt in der Gesellschaft. Die Demos verliefen den Angaben zufolge größtenteils friedlich. Den Rechtsruck erlebten wir allerdings trotzdem.

Olaf Scholz wäre eindeutig der bessere Kanzler für mich. Ich schätze seine ruhige Art und Besonnenheit vor allem im Ukrainekrieg. Ginge es nach Herrn Merz, wären längst schon die Taurus-Raketen mit großer Reichweite in der Ukraine stationiert. Der Krieg würde weiter eskalieren.

Wir erinnern uns auch an viele unbedachte Äußerungen von Merz, der über eine Million Ukrainer mit dem Wort "Sozialtourismus" verächtlich machte. In anderem Zusammenhang wurden auch Schulkinder als "Kleine Paschas" bezeichnet um damit Stimmung zu machen.

Merz hat mit seinen Ankündigungen in der Migrationsfrage keine Kompromisse mehr zu machen, einen großen Fehler gemacht. Ein Tabubruch hatte bereits stattgefunden, als ein Antrag der Union im Bundestag mit den Stimmen der AfD beschlossen worden war. CDU-Chef Friedrich Merz hatte sein Versprechen gebrochen, Mehrheiten nur mit Parteien der demokratischen Mitte zu suchen. Er hat das als Gewissensentscheidung bezeichnet, eine ungewöhnliche Begründung. Bis zuletzt versuchten SPD, Grüne und Teile der FDP eine Verabschiedung des Gesetzes im Bundestag zu verhindern.

Wie sah der Wahlkampf in Dessau aus?

Es ist uns gelungen in kleineren Aktionen die SPD-Plakate gut im Stadtgebiet zu verteilen. Der SD-OV-Siedlung-Ziebigk-Kühnau spendete Bauzäune und Großplakate für 10 ausgewählte Standorte. Allerdings mussten wir feststellen, dass es nicht mal zwei Tage gedauert hat und es fehlte an zwei Stellen die Großplakate oder sie wurden beschmiert. Auch wurden SPD-Mitglieder bei den Wahlkampfaktionen angepöbeln, aber es kam zu keinem Zwischenfall. Von den kleineren Plakaten verschwanden viele spurlos.



Die Verteilung der Flyer auf ganz Dessau war die langwierigste Aufgabe. Ich schätze, dass wir viele Briefkästen erreicht haben und auch das Stadtgebiet relativ gut abgedeckt wurde.

Wir möchten uns bei allen bedanken, die den Wahlkampf unterstützt haben. Es gab auch Geldspenden, die hilfreich waren.

Mehr Themen, Informationen und Termine finden Sie auf www.spd-dessau-rosslau.de

100. Todestag von Friedrich Ebert - zum Gedenken an den ersten frei gewählten Reichspräsidenten und das hohe Gut der Demokratie

Robert Hartmann

Kranzniederlegung durch den SPD-Stadtverband Dessau-Roßlau am 28. Februar 2025, 15 Uhr, Gedenkstein für Friedrich Ebert, Ort: Kleinkühnau, Ecke Rosenburgerstr./Elsholz



Am 28. Februar 1925, vor 100 Jahren, verstarb der erste demokratisch gewählte Reichspräsident Deutschlands, Friedrich Ebert (* 4. Februar 1871 in Heidelberg) in Berlin. Er war seit 1913 Vorsitzender der SPD und amtierte von 1919 bis zu seinem Tode als erster Reichspräsident der Weimarer Republik. Vom 6. bis 8. Dezember 1922 war Friedrich Ebert als Reichspräsident auf einen Staatsbesuch in der anhaltischen Landeshauptstadt Dessau. Ebert wurde durch den Ministerpräsidenten des Freistaats Anhalt, Heinrich Deist, und den Oberbürgermeister Fritz Hesse am Bahnhof begrüßt. Dies muss wohl einen großen Eindruck hinterlassen haben, so dass zwischen 1926 und 1929 in Dessau drei und in Roßlau ein Gedenkort geschaffen wurden. Die Tatsache, dass es in Dessau-Roßlau mehrere Orte des Gedenkens an Ebert gibt, und dass es eine große Anteilnahme an den Weihen gab, zeigt dass die Bevölkerung Achtung und Respekt vor dem ersten Reichspräsidenten hatte.

Alle Gedenkorte sind mit dem Machtantritt der Nazis vernichtet worden. Nur der Gedenkort in Kleinkühnau erlebte eine besondere Geschichte. In Erinnerung an den ersten Deutschen Präsidenten wurde im Ortsteil Kleinkühnau am 26.08.1928 auf dem sogenannten Eichenplatz, Rosenburger Straße, der noch heute dort befindliche Friedrich Ebert Stein errichtet.

Bekannt ist, dass die Weihe unter großer Anteilnahme der Bevölkerung stattfand. Zeitungen der damaligen Zeit sprechen von "republikanischen Männern und Frauen". Schwarz-rot-goldene Fahnen demonstrierten das Bekenntnis zur damals noch jungen Republik.

Aus Kleinkühnau ist bekannt, dass der Stein ehemals mit der Aufschrift "Dem ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert" beschriftet war. Von dem Schriftzug ist heute nur noch das Wort "Dem" zu lesen. Weiterhin ist bekannt, dass der Stein von der NSDAP umgerissen und in ein dafür ausgehobenes Erdloch versenkt wurde. Im Jahr 1945, in der kurzen amerikanischen Ära, wurde der Stein unter Einbeziehung der amerikanischen Besatzungsmacht wieder ausgegraben. Dabei mussten überführte Nazis die Erdarbeiten erbringen. Eine Blaskapelle soll dazu gespielt haben.

Zum Aufrichten des Steines ist es dann nicht mehr gekommen. Die Amerikaner zogen ab und die Sowjets übernahmen deren Funktion. Danach ist der Stein zum zweiten Mal geschändet worden. Wohl Kommunisten sollen den Schriftzug abgemeißelt und den Stein abschließend mit Teer begossen haben. Danach wurde der Stein ein zweites Mal vergraben und die Fläche mit Bauschutt überlagert.

Nach 50 Jahren, im Juli 1995 wurde der Stein abermals freigelegt. Insbesondere die SPD-Mitglieder Franz Schmidt, Dietrich Gürtler, Wolfgang Kühnert, und Werner Gottschalk brachten sich hierbei ein und legten den Stein wieder frei.

Mehr Themen, Informationen und Termine finden Sie auf www.spd-dessau-rosslau.de

Mit Unterstützung der Stadt Dessau wurde 1997 der ehemalige Gedenkort wieder hergerichtet. Heute ist dieser mit einer Steintafel davor ergänzt worden mit der Aufschrift:

FRIEDRICH-EBERT-GEDENKSTEIN
1928 von den Dessauer Sozialdemokraten
errichtet mit der Aufschrift
Dem Reichspräsidenten FRIEDRICH EBERT
1933 und 1945 von Gegnern der
Demokratie beschädigt und vergraben
1997 von der Stadt Dessau wiedererrichtet
zur mahnenden und ehrenden Erinnerung

Der Stein soll eine Mahnung sein und lehren, dass Demokratie ein hohes Gut ist und neben Friedrich Ebert auch an die Zeiten erinnert, in der die Demokratie verachtet und verletzt wurde. Immer wieder wird deutlich, wie fragil unsere Demokratie ist und wie wichtig es ist diese zu schützen!

Demo am 21.2.2025 für Demokratie und gegen Faschismus

Christine Walther

Zahlreiche Vereine aus der Region luden am Freitag, 21.02.2025 zur Demo für Demokratie und gegen Faschismus ein. Ich selbst habe dazu auch eine Einladungs-Mail vom Verein Campact e.V. erhalten. Ziel der Demo-Teilnehmer war es zu verhindern, dass in dieser Bundestagswahl die Politik eben nicht zu Gunsten der rechts-extremistischen Parteien verändert wird. Gemeinsam verteidigen wir die Brandmauer gegen die AfD.

Es gab mehrere Info-Stände unterschiedlicher Parteien und ich schätze, dass ca. 400 Menschen sich auf dem Rathausplatz versammelt haben. Sie bekundeten ihren Protest mit Fahnen und Bannern. Mir fiel auf, dass viele junge Menschen gekommen waren und auch unseren Stand besuchten. Die Dessauer Jusos waren zahlreich vertreten und auch SPD-Mitglieder waren gekommen.



Mehr Themen, Informationen und Termine finden Sie auf www.spd-dessau-rosslau.de

Die Meinungsfreiheit in den USA wird eingeschränkt

Katja Hausner, Facebook, 16.02.2025

Ich habe die Rede von Mr. Vance gelesen. Komplett! Im Grunde könnte man sie in Gänze zerpfücken, das würde aber zu lange dauern. Also nachfolgend etwas, was mir so richtig aufstößt.

Mr. Vance scheint es sehr wichtig zu sein, dass JEDER sagen darf, was er denkt. Keine Zensur! Nirgendwo! Dafür sorgt jetzt, O-Ton: "der neue Sheriff in der Stadt Washington". Meinungsfreiheit für alle!

J. D. Vance.: "Deshalb komme ich heute nicht nur mit einer Beobachtung, sondern auch mit einem Angebot. Und so wie die Biden-Regierung verzweifelt versuchte, Menschen zum Schweigen zu bringen, die ihre Meinung sagten, wird die Trump-Regierung genau das Gegenteil tun, und ich hoffe, dass wir in dieser Hinsicht zusammenarbeiten können."

Es gibt also eine wundervolle Nachricht für alle, die an die Redefreiheit glauben: Sie lebt! Zumindest, wenn man J. D. Vance zuhört. Der Senator hält eine flammende Rede über die heilige Bedeutung der Meinungsfreiheit. Ein Grundpfeiler der Demokratie! Unantastbar! Jeder sollte sagen können, was er denkt, ohne Angst vor Konsequenzen! – Also, jeder außer Journalisten, Wissenschaftlern und Regierungsbeamten, die unerwünschte Begriffe verwenden.

Denn während Vance die Meinungsfreiheit predigt, hat Donald Trump eine ganz eigene Vorstellung davon, was gesagt werden darf und was nicht. Unliebsame Journalisten? Aussperren. Kritische Berichterstattung? „Fake News.“ Und für den Fall, dass jemand in offiziellen Dokumenten gefährliche Begriffe wie „Diversität“ oder „wissenschaftlich fundiert“ verwendet – keine Sorge, die CDC bekam bereits unter seiner Regierung eine Liste mit Wörtern, die sie besser nicht mehr nutzen sollte. Orwell hätte es nicht besser schreiben können.

Schauen wir doch mal:

>US-Präsident Donald Trump hat nach Angaben der Associated Press (AP) zwei Reporter der US-Nachrichtenagentur von der Berichterstattung über mehrere Veranstaltungen im Weißen Haus ausgeschlossen. Der Ausschluss sei mit der Weigerung von AP begründet worden, der Wortwahl des Weißen Hauses Folge zu leisten, das den Golf von Mexiko in "Golf von Amerika" umbenannt hatte.<

>Die Regierung von Donald Trump hat damit begonnen, Erwähnungen der Klimakrise in der gesamten US-Regierung zu entfernen oder abzuwerten. Auf den Websites mehrerer wichtiger Ministerien wurden Verweise auf alles, was mit der Klimakrise zu tun hat, entfernt.<

>Die amerikanische Regierung hat nach einem Bericht der „Washington Post“ der Gesundheitsbehörde CDC eine Liste von sieben Wörtern gegeben, die sie nicht in bestimmten Dokumenten verwenden darf. Verboten sind demnach „Transgender“, „verwundbar“, „Fötus“, „Diversität“ (Vielfalt), „Anspruchsberechtigung“, „auf wissenschaftlicher Grundlage“ (engl. science-based) und „auf der Grundlage von Beweisen“ (engl. evidence-based) in allen offiziellen Papieren, die von der CDC - der Topgesundheitsbehörde der Vereinigten Staaten - im Zusammenhang mit ihrem Budgetvorschlag für das nächste Haushaltsjahr erstellt werden.<

Es ist schon beeindruckend, wie flexibel die Meinungsfreiheit sein kann. Wenn ein rechter Politiker etwas sagt, muss es um jeden Preis geschützt werden. Wenn ein Journalist eine unbequeme Frage stellt, ist es Sabotage. Wenn eine Behörde wissenschaftliche Fakten benennt, wird kurzerhand die Sprache angepasst. Wer braucht schon eine offene Debatte, wenn man einfach den Wortschatz beschneiden kann?

Am Ende bleibt eine einfache Wahrheit: Die lautesten Verteidiger der Meinungsfreiheit sind oft die ersten, die sie einschränken, wenn es ihnen passt. Und das sollte jedem zu denken geben – zumindest, solange das Denken noch nicht auf der schwarzen Liste steht.



Den Geburtstagskindern im März herzlichen Glückwunsch!

Joachim Liebig, Rita Till, Mathias Stock, Randolph Hoffmann, Harald Laue, Falk Mühlwinkel, Gabriele Suchfort, Tim Vogel, Mario Hoff, Marko Tuczak, Dishant Upendra Soni, Andreas Wörl und Udo Gebhardt



Impressum

DER ROTE SPATZ wird an alle Mitglieder SPD-Ortsvereine Dessau-Roßlau versendet. Darüber hinaus steht das Blatt auf der Seite <https://www.spd-dessau-rosslau.de/> zum Download bereit.

Herausgeber ist der SPD-Stadtverband Dessau-Roßlau.

Postadresse: Hans-Heinen-Str. 40, 06844 Dessau-Roßlau.

Redaktion: Robert Hartmann, Daniel André Bräsecke, Daniela Koppe, Joachim Volger, Christine Walther, Daniel Kutsche
Einsendungen bitte an: cut.walther@hotmail.de

Redaktionsschluss ist jeder 20. des Monats.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. Die Redaktion behält sich das Recht zu Kürzungen vor.

Im Übrigen geben die Artikel in erster Linie die Meinung der Autoren, nicht aber in jedem Fall die der Redaktion wieder.

Termine

SPD-OV-Sitzung SiZiKü,
Einladung für März folgt noch, 18 Uhr, AWO

SPD-OV-Süd,
Do., 06.03.2025, 18:00 Uhr, Jägerklause

Mehr Themen, Informationen und Termine finden Sie auf www.spd-dessau-rosslau.de